



# HESSISCHER LANDTAG

28. 01. 2025

Plenum

## Antrag

### Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

#### Entschlossen gegen Desinformation

Die Verbreitung von Desinformation und Hass im Internet stellt eine zunehmende Gefahr für die Demokratie dar. Extremistische Akteurinnen und Akteure sowohl aus dem Bereich des Rechts-Extremismus als auch des Islamismus nutzen gezielt Online-Plattformen, um Falschinformationen zu streuen und die Gesellschaft auseinanderzutreiben. Die fortschreitende Entwicklung der Künstlichen Intelligenz und die zunehmende Professionalisierung von Desinformationskampagnen verschärfen diese Bedrohung zusätzlich. Angriffe auf demokratische Werte, Hassreden und die Radikalisierung über soziale Medien stellen daher eine zentrale Herausforderung dar, der mit ver- und umfassenden Maßnahmen begegnet werden muss.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag zeigt sich zutiefst besorgt über die wachsende Verbreitung von Desinformationen, „Fake News“ und extremistischer Propaganda im Netz. Diese Entwicklung bedroht die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gleichzeitig verurteilt der Landtag Hass und Hetze im Netz und auf der Straße aufs Schärfste. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, sind gezielte Maßnahmen zur Stärkung der Medienkompetenz, zur besseren Regulierung von Plattformen und zur Unterstützung von Sicherheitsbehörden erforderlich.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf
  - a) eine digitale Bildungsstrategie gegen Desinformation und Informationsmanipulation zu entwickeln, die alle Generationen erreicht. Diese Strategie soll in Zusammenarbeit mit relevanten Akteurinnen und Akteuren aus Bildung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft erarbeitet werden und Maßnahmen beinhalten zur Verankerung von Medien-, Informations- und Nachrichtenkompetenz in den hessischen Lehrplänen sowie verpflichtender Schulungen zur Informationsmanipulation für Lehramtsstudierende.
  - b) eine Task Force zur Bekämpfung von Desinformation und extremistischen Inhalten im Netz einzurichten. Unter Federführung des Innenministeriums soll die Task Force Expertinnen und Experten aus den Bereichen IT-Sicherheit, Strafverfolgung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft vereinen und gemeinsam konkrete Handlungsempfehlungen erarbeiten.
  - c) sich auf Bundes- und EU-Ebene für strengere Regelungen zur Bekämpfung extremistischer Inhalte auf Sozialen Plattformen einzusetzen und darauf zu drängen, dass das Gesetz des Digital Services Acts konsequent genutzt werden.
  - d) die Sicherheitsbehörden personell und materiell besser aufzustellen, die gezielt einen Fokus auf Digitale Gewalt, Cyberangriffe aus dem Ausland und extremistische Propaganda legen.
  - e) den Lokaljournalismus und Medienpluralismus in Hessen zu stärken. Um eine ausgewogene Berichterstattung zu fördern und extremistischen Inhalten sowie Desinformationen entgegenzuwirken, muss die Medienkompetenzvermittlung gestärkt werden. Hierfür soll die Zusammenarbeit der Landesmedienanstalt und regional verankerten Medienhäuser intensiviert und besser gefördert werden.
  - f) die landesweite Meldestelle „Hessen gegen Hetze“ weiter auszubauen. Eben falls müssen Beratungsstellen für Opfer von Hass und Hetze im Netz weiter gestärkt werden.

- g) die Jugendarbeit sowohl vor Ort, als auch digital weiter zu stärken. Sogenannte „Digitale Streetworker“ können deshalb eine wichtige Ergänzung zur Arbeit mit einer Jugendgruppe offline konzipiert werden. Der Landtag fordert ein hessenweites Pilotprojekt „Digitale Streetworker“, um gezielt junge Menschen vor einer weiteren Radikalisierung im Internet zu schützen und begleiten.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 28. Januar 2025

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Mathias Wagner (Taunus)**